Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 17 (1937-1938)

Heft: 8

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

folgt der Schritt den Zweck, Japan das Gesetz des Handelns aus der Hand zu nehmen: Wenn die amerikanischen Schiffe keine Baffen mehr nach China transportieren, so ist ihre Behinderung von Seiten Japans weniger zu befürchten — eine Behinderung, die nur auf Grund einer Kriegsblockabe erfolgen dürfte, die dann wohl oder übel zur Anwendung des Neutralitäts= gesetes seinem ganzen Inhalt nach zu führen hätte. Solange das Neutrali= tätsgeset nicht zur Anwendung gebracht ist, können auch die in den Bereinigten Staaten anfässigen Chinesen ungehindert Sammlungen zugunften Chinas betreiben und erhebliche Beträge nach China überweisen. Es mehren sich aber die Stimmen, die eine Erganzung des Neutralitätsgesetes empfehlen, die allerdings nicht vor dem Wiederzusammentritt des Kongresses zur Sprache kommen kann. Nach heutigem Rechtszustande ist der Bräsident ge= halten, das Neutralitätsgeset zur Anwendung zu bringen, wenn er einen Rriegszustand für gegeben erachtet. Diejenigen Rreise, die den Präsidenten tabeln, weil er einen Kriegszustand nicht als vorhanden erklärt, schlagen nun vor, die Anwendung des Neutralitätsgesetes von gänzlich objektiven Boraussetzungen abhängig zu machen und dem Präsidenten das Ermessen zu nehmen, das ihm nach der jetigen Fassung des Gesetzes noch zur Berfügung steht.

In den letzten Jahren hat sich Japan zum Hauptabnehmer für ameristanischen Eisens und Stahlschrott entwickelt, an dessen Berwendung für Rüstungszwecke kein Zweisel besteht. Die Nachfrage war in diesem Frühsiahr zeitweise so groß, daß es zu Berstopfungen an den amerikanischen Häfen kam und die Eisenbahnen es ablehnten, weitere Ladungen zum Berssand an die Hafenorte anzunehmen. Unabhängig voneinander bereiten nun drei verschiedene Mitglieder des Kongresses einen Gesehentwurf vor, der die Schrottaussuhr bereits in Friedenszeiten von einer Genehmigung des Staates abhängig macht. Damit könnte der erste Schritt in der Richtung einer Ausgestaltung des bisherigen Reutralitätsrechtes der Bereinigten Staaten zu einem Kriegsverhütungsrecht getan werden.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Neue wirtschaftliche Einsichten. / Kritik am Vorschlag zu den Wirtschaftsartikeln der Bundesverfassung.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erzielte die Maschinensabrit Derlikon zusammen mit dem Vortrag aus der früheren Rechnung einen verfügs baren Gewinn von 2,172,656.76 Franken. Zum großen Teil stammte dieser Vorsichlag aus dem Abwertungsgewinn. Nach den bisherigen Statuten hätten auf die 16 Millionen Aktienkapital 5 % Dividende an die Aktionäre verteilt werden müssen, was besonders nach der langjährigen Ertragslosigkeit der Aktien gewiß zu verstehen gewesen wäre. Mit dem gewaltigen Mehr von 27,595 Ja gegen 2368 Nein hat jedoch die Generalversammlung einem Antrag des Verwaltungsrates auf Statutenrevision beigepflichtet, wonach durch Rückzahlung von 50 Franten pro Aftie eine Reduktion des Aftienkapitals von 16 auf 14 Millionen Franken durchgeführt werden soll. Gleichzeitig werden volle 2 Millionen Tranken zur Aufnung des Personalfürsorgefonds der Unternehmung verwendet. Diese Magnahmen zeitigen beachtenswerte Folgen. Obichon die Attionare einer effektiven Leistung teilhaftig werden, indem ihnen die Aktiengejellichaft von dem einbezahlten Rapital wieber etwas zur Berfügung ftellt, fann man boch in diesem Borgehen nichts anderes als eine Benachteiligung ber Aftionare sehen. Benigstens auf den ersten Blick und deshalb, weil der seit langen Jahren erstmals wieder in Erscheinung tretende Gewinn ihnen vorenthalten wird. Gräbt man aber tiefer in den Gründen diefer Geschäftspolitik, so wird man darin unfehlbar Büge des Weitblickes und hoher sozialer Gesinnung erkennen. Einmal vermindert sich infolge der Kapitalreduktion — die nun zum zweiten Mal gepflogen wird — der Passivenbetrag des Unternehmens ganz erheblich, jodaß auch bei geringerer Rentabilität in Zukunft eine Dividende erwartet werden kann. Bon überragender Bedeutung ist jedoch die große Ginlage in den Fürsorgesonds des Personals, welche nicht nur den Arbeitswillen und die Arbeitsfreudigkeit der Beschäftigten fordert, sondern darüber hinaus noch eine wirtichaftliche und persönliche Kestiqung des ganzen Unternehmens mit sich bringt. Abrigens durfte sich diese Magnahme auch insofern für die zufünftigen Rechnungen günftig auswirken, als man nicht mehr genötigt sein wird, den Betrieb durch Aufwendungen für jolche Zwecke in gleich startem Maße zu belasten wie bislang. Die "Schweiz. Handelszeitung", die, nebenbei gejagt, Nachwirkungen biefes Geschäftsgebarens auf bie Aluminium-Industrie Reuhausen für möglich hält, fragt sich allerdings, ob nicht die übertriebene Liquidis tät des Unternehmens auch zur fünftigen Rentabilitätsminderung führen könne und ob nicht bei allfälligem Bedürfnis nach Fremdkapital der Aktiengesellschaft aus ihrer Politit Schwierigkeiten erwachsen tonnten. Diese Bedenken treten aber zurück hinter der Hauptsache:

Eine neue Auffassung des industriellen Unternehmens ist hier zum Durchbruch gelangt. Lag der Afzent unserer Maschinenindustrie früher auf dem zu erzielenden Gewinn, so hat fich jest in erster Linie eine Zusammenarbeit aller am Unternehmen Beteiligten angebahnt. Endlich tommt wieder einmal an einer Stelle die perfonliche Berantwortung zum Ausdruck, indem die Hauptaktionäre — die Aktien sind vorwiegend in Kamilienund Direktionsbesig, und den Berwaltungsrat prafibiert Brof. Mar Suber ohne äußeren Zwang basjenige vorkehren, mas zwar wohl dem Unternehmen, nicht aber ihren vordersten perfonlichen Interessen dient. Die bedeutsame Bendung in der Finanzpolitik kennzeichnet sich auch badurch, daß der Grundsat befolgt murde: "Es jollten von einem industriellen Unternehmen teine Dividenden ausbezahlt merben, die nicht effettiv verdient worden find aus dem induftriellen Betrieb und aus normalen Erträgnissen von Gelbanlagen. Ferner foll mit der Ausschüttung von Dividenden nicht begonnen werden, solange nicht begründete Aussicht besteht, daß der Betrieb einen angemessenen Ertrag abwirft." Es ift etwas Großes unb bildet einen Lichtblick für die Zukunft, wenn Aktionare ihr eigenes Interesse so hintanstellen und in erster Linie für Bestand und Gedeihen des Unternehmens forgen. Das wird auch überall gewürdigt. Die bereits erwähnte "Handelszeitung" ichreibt: "Wir begrußen es, wenn unjere Industrien alles daran segen, um schroffe Museinandersetungen zu vermeiden und find überzeugt, daß die Früchte nicht ausbleiben werden"; ja jelbst das "Boltsrecht" sieht in diesen Magnahmen eine "vernünftige und nachahmenswerte Dividendenpolitif".

Als seinerzeit die jegige Bundesverfassung geschaffen wurde, hatte man es leichter, die Wirtschaftsartikel zu formulieren. Ohne jeden Zweisel bejag der liberale Gedanke die Oberhand, und jo gab 'es damals eigentlich gar keine Rämpfe zwischen verschiedenen Richtungen zu bestehen. Nicht umsonst sind die geltenden Artifel 31, 32 und 34ter so klar und - man möchte dazu sagen - jo naiv formuliert. Seute ift diese Rlarheit überholt. Die wirtschaftliche Gedankenwelt gleicht nicht mehr einem einzigen weiten Meer, sondern einer ganzen Anzahl von fleinen Meeren, in denen jede politische Gruppe ihre besonderen Wirtschaftsgedanken aufgespeichert hat. Bon einer einigermaßen einheitlichen oder auch nur überwiegenden Meinung kann taum die Rede sein. Darum konnte der Bundesrat die begutachtende Rommiffion für die Wirtschaftsgesetzgebung nur aus den Bertretern der verschiedensten Wirtschaftsauffassungen zusammensetzen, und darum ergab sich schließlich auch ein Borschlag zur Anderung der genannten Wirtschaftsartitel, welcher ein Schulbeispiel für Kompromigarbeit darstellt. Einen wirtschaftlichen Stil besitt es nämlich nicht. Ich möchte diese Tatfache indeffen den Anträgen nicht zum Borwurf machen, denn bekanntlich ift bas Birtschaftsleben heute so kompliziert, daß eine strifte Regelung nach bestimmten einheitlichen Grundsägen nicht nur undurchführbar, sondern wohl auch schäblich ware. Wir find davon überzeugt, daß für verschiedenartige Verhältnisse auch verjchiedenartige rechtliche Regelungen gesucht und gefunden werben muffen. In diesem Sinne ift also unsere Rritif am Rompromischarakter fein Borwurf. An sich darf man sich auch darüber freuen, daß sich die Exponenten der verschiedensten Wirtschaftssysteme zu einem Berständigungswert bereit gefunden haben.

Dagegen war es natürlich nicht gejagt, daß nun mit den neuen Wirtschaftsartikeln unbedingt die Freiheit gemindert, die polizeilichen Eingriffe vermehrt, der Zentralismus gefestigt und als neueste Errungenschaft gar noch die positive Förderung von Gewerbe, Handel, Industrie, Landwirtschaft und Fremdenvertehr stipuliert werden mußte. Weit wichtiger wäre es gewesen, der Privatwirt = ich aft einen möglichst großen Spielraum zur selbständigen Entfaltung unter cigener Berantwortung zu lassen. Allerdings weist auch der Entwurf zur Partials revision der Bundesversassung entsprechend seinem Kompromischarafter in dieser Sinficht einen Fortschritt auf, indem er, dem berufständischen Gedanken entgegentommend, die Möglichkeit zu einer behördlichen Allgemeinverbindlich-Erklärung von Bejchlüffen von Berufsverbänden über Berufsbildung und Arbeits≈ bedingungen ins Auge fagt. Aber es besteht natürlich feine Gefahr, daß die weitere Entwicklung, zu welcher die vorgeschlagenen Artikel ja nur die Grundlage bilden follen, zuerst in dieser Richtung gehe. Es ist berzeit mehr Mode, den Staat zu engagieren, und so dürfte sich die Zukunft auch angelegen sein lassen, besonders die staatliche Förderung der verschiedenen Wirtschaftsgruppen durch Geld und andere Vorteile zu pflegen. Auch dürfte in ergiebigem Maße aller= hand geschehen "zur Erhaltung eines gesunden Bauernstandes und einer leiftungsfähigen Landwirtschaft" sowie "zum Schute von wichtigen, in ihrer Existenz gefährdeten Wirtschaftszweigen und Berufsgruppen". Dabei wird es nicht fehlen, daß man den Begriff der "Gesundheit" wirklich so auslegt, daß es einem wohl betommt! Es wäre indessen mußig, heute die Forderung nach einem stärkeren Zurudtreten bes Staates von der Wirtschaft und nach einem Berlegen bes Atzentes. auf die reine Privatwirtschaft und ihre Berantwortung durchsehen zu wollen. Unser Beit ift bagu noch nicht reif. So muß man sich bamit begnügen, wenn bie Borschläge wenigstens dem Prinzip nach eine dahinzielende Entwicklung nicht ausichließen, wenn fie fich allenfalls einmal Bahn brechen wollte. Wenn baber bas "Baterland" den Finger darauf legt, daß die Borschläge nicht ein fertiges fünftiges Wirtschaftsgebäude seten wollen, sondern daß mit einer Entwicklung gerechnet werden muffe, in der sich die neuen Bedanten erft zu bewähren hatten, jo trifft es wohl das Richtige. Es wird aber der vollen und ganzen Anstrengung der jenigen bedürfen, die sich dem Zentralismus und den Staatsinters ventionen entgegensstellen, um im Falle der Annahme der neuen Arstifel den Freiheitssinn und die Berantwortungsfreude des Schweizervolkes in der Weise wach zu rusen, daß sich die Geschgebung einsach nicht mehr in der disherigen Richtung weiter entwickeln kann. Auch wenn z. B. die Welschen mit ihren sehr berechtigten Bedenken im Abstimmungskampse unterliegen würden, so bliebe ihnen doch immer noch das verantwortungsvolle Amt, die Grundsätze der Freiheit, des Berussstandes und des söderalistischen Ausbaues unseres Baterlandes zu verteidigen. Bülach, den 9. November 1937.

Zur politischen Lage.

Der Beobachter der politischen Lage kann nachgerade kaum mehr etwas Ungewohntes darin erblicken, daß schon seit Jahren, verstärkt aber in den letten Monaten, im Bereiche Mittel- und Ofteuropas mit ziemlicher Regelmäßigfeit ein Betterleuchten stattfindet. Denn bieje plötlichen, bligartigen Beleuchtungen, bie in der Regel unverzüglich wieder abzuklingen pflegen, find nicht nur den Tatjachen nach, sondern auch ihres tieferen Sinnes wegen begründet: es ift, als sollten fie der Belt in fast regelmäßigen Absagen in Erinnerung rufen, daß in jenen Bebieten eben doch der Zentralpuntt fommender Ronflitte größten Ausmaßes fich befindet - die wundeste Stelle Europas, deren fleinste Buckungen vielleicht bedeutsamer sind als in ihren Ausmagen größere Ereignisse in andern Bezirken ber Welt. So mag man benn heute noch fo viel über die Auswirkungen des fpanischen Ronflittes, über die Bewegungen an den Ruften des Mittelmeeres, ja über bas immer bringender werdende Kolonialproblem nachdenten — in letter Linie fönnten eines Tages alle dieje Probleme gurudtreten vor der alles überragenden Frage, ob die Berhältnisse in Mittels und Ofteuropa ohne Rrieg einer Lösung entgegens zuführen find.

Es wäre nun natürlich übertrieben, z. B. die scharfe Betonung der deutschen Kolonialansprüche unter diesem Gesichtspunkt als Diversion zu bezeichnen und auf diese Weise zu bagatellisieren, wie dies hie und da geschieht. Und doch liegt etwas Wahres in dieser Auffassung; wer irgendwie Gelegenheit hatte, den wahren Beweggründen der deutschen Außenpolitik — auf lange Sicht betrachtet — näher zu kommen, wird unschwer erkennen, daß das letzte Ziel dieser deutschen Politik die "Bereinigung" der mittels und osteuropäischen Probleme darstellt, wie sie in Berlin aufgesaßt wird. Über und hinter all diesen Beweggründen aber wird immer wieder die Persönlichkeit Hitlers erkennbar, der, aus seiner österreichischen Abstammung heraus, mit fanatischem Zielstreben auf die Liquidierung dieser deutschen Lebensprobleme unentwegt hinarbeitet.

Man wird sich in den Weststaaten der ehemaligen Entente über diese Einstellung, die übrigens in Paris genau genug bekannt ist, nicht beklagen dürsen. Hat doch der Friede von Versailles in keinem andern Teilgebiet so wie in diesem recht eigentlich die Grundlage für kommende Konflikte geschaffen. Bor allem die beiden Probleme: De utschöster eich und die Tschech oflowakei sind es, die seit Jahren immer wieder unwillkürlich zu vorderst an der Rampe der politischen Bühne Europas erscheinen, um, wenn sie wieder verschwinden, bestimmt nach kurzer Zeit erneut aufzutauchen. Seitdem nun im Gesolge der Uchsenpolitik das Problem Osterreich vorübergehend etwas zurückgetreten ist — man täusche sich nicht darüber, daß es sich hier tatsächlich nur um eine vorübergehende "Versbunkelung" handelt, wie auch der Uchsenpolitik als solcher der Kern des Künstlichen innewohnt, und ihr darum mehr als allen ähnlichen Kombinationen der Stempel des Vergänglichen aufgedrückt ist —, sind es insbesondere die tschechossowafischen

Fragen, die immer wieder die besorgte Aufmerksamkeit der politischen Welt auf sich lenken.

Man fann ohne übertreibung behaupten, daß das judetendeutiche Problem im Rahmen der in Berjailles geschaffenen Tatbestände des Staatsaufbaus und der politischen Geographie unlösbar ift. Das Sudetendeutschtum wird im tichechoslowakischen Staat stets ein Fremdkörper bleiben, dessen gentrifugale Bewegung von Außen mehr und mehr unterstütt wird, je stärker die Entwidlung Deutschlands zur gleichberechtigten und gleichbedeutenden Großmacht fortichreitet. Wir glauben auch, daß es ber rein tichechischen Staatsführung in Brag nicht einmal mehr viel nugen murbe, wenn fie heute ihre Politif der Bedrangung, ber spstematischen Zurudstellung und der Entnationaligierungsversuche gegenüber bem beutschen Element aufgabe und selbst über die kulturelle Autonomie mit sich reden ließe, was übrigens denkbar unwahrscheinlich ist. Nach beinahe zwanzig Sahren zwangsweiser Ginschachtelung in einen fremden Staatsförper, deffen Leitung gegenüber dem fremden Boltsteil von Anfang an auf Agreffivität eingestellt war - über deren historisch-psychologische Begründung soll hier nicht debattiert werben (auch die Tichechen sind ja einmal unterdrückt worden) —, nach dieser Periode bes Leibens und ber entriffenen Freiheit ftrebt das Sudetendeutschtum über die Grenze, ber Bereinigung mit seinen Stammesgenossen entgegen, beren neue politischen Prinzipien bes Staatsausbaus und der Führung zudem in den Areisen der sudetendeutschen Jugend mächtig gezündet haben.

Stünde nicht der vernünftige und im Grunde nicht nationalsozialistisch eingestellte ehemalige Turnführer Konrad Henlein an der Spike der Bartei - wer weiß, ob nicht bereits nichtwiedergutzumachendes Unglück entstanden wäre. Denn bas Streben jum größeren Reich ist mit bem Bachsen seiner Geltung immer unaufhaltsamer geworben, und wenn es bis beute nicht zu blutigen Greignissen getommen ift, jo darf man ruhig von einem großen Berdienst Konrad Benleins iprechen, gang im Wegensat zu den tendenziösen, oft auf Untenntnis der Berhältnisse beruhenden Informationen, die diesen Mann als treibenden Heter und Sezessionisten barftellen. Bang das Gegenteil ift richtig: benn Benlein weiß fehr genau, daß die Tichechen einer Rebellion aus dem sudetendeutschen Bolksteil heraus mit dem blutigen Ginfat aller Baffen begegnen würden, daß aber anderseits dadurch die Gefahr eines europäischen Rrieges dirett unvermeidlich werden mußte. Denn rebus sic stantibus ift ber tichechoflowafische Staat aus Grunden seiner wirtichaftlichen Erhaltung wie auch seiner staatspolitischen Existenz überhaupt auf seinen sudetendeutschen Teil angewiesen; dessen Berluft mußte den verbleibenden flavischen Torio aus Tichechen und Slovaken über furz oder lang nicht nur die wirtschaftliche Selbständigkeit kosten, sondern im Wege der naturgegebenen Aufsaugung durch geschlossene, größere flavische Bolksteile (Polen, Rußland) sein staatspolitisches Ende bedeuten. Das weiß man in Prag und das läßt sich auch nicht andern. Und so wird dieser Staat jenem fast unlösbar icheinenden Konflitt zwischen den Bedingungen seiner Erhaltung und ben gegenfählichen, von Außen unterstütten zentrifugalen Bestrebungen ausgeliefert sein, bessen Lösung, jo bedauerlich es flingen mag, in Burdigung ber gegebenen Sachlage und ber divergierenden Bestrebungen wohl taum anders als durch triegerische Auseinandersetzung gefunden werden fann.

Die Ereignisse in Teplit, wo es zu Zusammenstößen zwischen einer Konrad Henlein seiernden Menge und der Staatsgewalt kam, bei der sudetendeutsche Absgeordnete mit dem Gummiknüppel bedacht wurden, haben wieder einmal die Schärse der Spannungen aufgezeigt. Die scharse Reaktion Henleins, der in einem ofsenen Brief an den Präsidenten der tschechostowakischen Republik unumwunden die Austonomie des Sudetendeutschtums sorderte, war nun allerdings wohl in erster Linie dazu bestimmt, die ungeheure Erregung der sudetendeutschen Anhängerschaft aufzusangen und vorläusig abzuleiten; sie beweist aber anderseits eine vor Jahren noch nicht vorhandene Rückenversteisung der sudetendeutschen Bewegung, die nur

aus dem inzwischen eingetretenen Machtzuwachs des Deutschen Keiches erklärt wers den fann. Wie üblich, hat die deutsche Presse auch hier wieder Henlein eine kurze Zeit in hestiger Weise sekundiert, um dann aber bald wieder in die von oben bessohlene Stille zu versallen, die indessen nicht mehr beweist, als daß die Zeit für Weiteres noch nicht reif ist.

* *

Die als bereits in Aussicht stehend angedeutete Unterstützung der deut ich en Kolonialsorderungen durch Italien ist nun inzwischen in einer Rede Mussolinis in der denkbar massischen Form ersolgt und in einer Formulierung, die doch geeignet ist, ein gewisses Erstaunen zu wecken. Die Betonung des deutschen Anspruches auf einen Platz an der südlichen Sonne Afrikas nimmt sich im Munde des Vertreters eines Landes recht seltsam aus, das in den winterlichenördlichen Bezirken der Alpen dem deutschen Bolk den schwersten Eingriff in sein eigenes Fleisch zusgesügt hat. Wir glauben auch kaum, daß sich das deutsche Volk seine Ansprüche auf die wackeren Tiroler jemals im Bege eines Abtausches gegen einige Regers und Kassernstämme enthandeln lassen wird, woran auch das nichts ändert, daß der Tausch natürlich auf fremde Kosten, nämlich britische, erfolgen soll. Doch das sind Dinge, die durchaus in der Zukunft liegen.

* *

Ingwischen wird die Politif der Achje in solgerichtiger Weiterentwickslung sortgetrieben. In Spanien ist ihr durch das allmählich immer stärker werdende überwiegen der Nationalisten ein gewisser Ersolg erwachsen, und unter diesen Umständen war eine verhältnismäßige Verständigung im Nichteinmischungskomitee mögslich. Immerhin wird man auch heute bei der Beurteilung der Lage in Spanien und ihrer Aussichten zurückhaltend sein müssen. Die Verstärkung der roten Posistion mit Material hat im Gesolge der durch das Abkommen von Nyon wiedershergestellten Freiheit des Schiffsvertehrs im Mittelmeer ganz erheblich zugenomsmen, was kaum darauf schließen läßt, daß Rußland bereits heute entschlossen ist, die Segel zu streichen. Trozdem aber dürste doch, bei aller Berücksichtigung der verschiedensten retardierenden Elemente, der gelegentliche Sieg Francos im Bereiche des Wahrscheinlichen liegen.

Selbstverständlich wäre dies, nach den heute geltenden Annahmen, als großer Erfolg der Achjenpolitif zu werten. Anderseits haben fich in den letten Tagen gewisse Beripektiven aufgetan, unter deren Bestand der schäumende Bein des beißersehnten Erfolges in Spanien vielleicht doch einen leichten Stich befommen fonnte. Die englische Politif nämlich hat die wahricheinlich bevorstehende Bendung auch gemerkt und beginnt, fich darauf einzustellen, wie auch nicht ohne Grund vermutet wird, daß Franfreich ebenso unter der Sand in dieser Richtung bereits vorgesorgt hat. Die Englander treiben ein nicht gang leichtes Spiel und es ift jehr fraglich, ob ihnen dieses in vollem Umfange gelingen wird. Benn es aber tatsächlich so weit fommen follte, daß im Augenblid eines Sieges Francos die ausländischen Freiwilligen nicht mehr vorhanden wären, jo dürfte der Zweck des englischen Spiels erreicht sein und es fonnte dann letten Endes darauf herauskommen, daß Muffolini und feine Staliener in letter Linie die heißen Marroni für die Englander aus dem spanischen Teuer geholt hatten. Immerhin ist bei der Geschicklichkeit Muffolinis und bei ber bereits nichtfach bewiesenen prompten Ginfagbereitichaft ber Achsenpolitif ein solches Ergebnis noch sehr fraglich — unmöglich allerdings märe es nicht.

Denn Franco wird am Ende der Sieger über ein verwüstetes Land sein. Und er wird nach Abschluß des Krieges ohne große Mengen fremden Kapitals nicht weiter fommen. Es liegt auf der Hand, daß ihm dieses von den Achsenmächten nicht zur Bersügung gestellt werden kann, sondern nur von jenen Mächten, die der gegnerischen Gruppe angehören. Diese Überlegung spielt natürlich eine große Rolle in der englischen Politik. Es bleibt abzuwarten, ob und in welchem Umfang jenes Spiel gelingt und ob der präsumptive Erfolg der Achsenpolitik in Spanien zu einem geringen oder großen Teil wieder paralysiert wird.

* *

Daß aber die Engländer heute bereit jind, das Möglichste zur Erreichung dieses Biels zu tun, ist anzunehmen, nachdem sich die Gegensätze der beiden Gruppierungen trog ber Berständigung im Londoner Ausschuß erneut verschärft haben. Die Erweiterung des deutschejapanischen Antikomintern = Paktes durch den Bei= tritt Staliens und seine gleichzeitig erfolgte stimmungsmäßige Reaktivierung zeigt eine Lage, in der wir Italien, aber nun auch Deutschland, in gesteigerter Gegnerschaft nicht etwa nur zu Rugland, sondern zu England finden, deffen Interessen ja tagtäglich mehr durch die Politik Japans verletzt werden. Nur sieht man heute nicht recht, auf welchem Wege die immer mehr antienglisch eingestellte Achsenpolitik für ihre beiben Träger zu einem greifbaren Erfolg führen foll. Denn, rein realpolitisch gesehen, hat die offensive Suhrung ber Achsenpolitit im Grunde, mit Ausnahme von Spanien, wohl viel Theaterbonner, aber, auf lange Sicht betrachtet, verhältnismäßig wenig machtpolitisch wirtlich ins Gewicht fallende Erfolge aufzuweisen und dabei ist es heute zudem noch fraglich, ob wenigstens in Spanien ein solcher Erfolg tatsächlich in Aussicht steht. Die Engländer jedenfalls werden heute mehr als je ihre Mittel in der Gegenrichtung einsetzen.

Sie werden sich dazu umso mehr veranlaßt sehen, als ihre übrigen Positionen in letzter Zeit, wenigstens in Ostasien, aber auch an den Küsten des östlichen Mittelsmeers, empfindlich geschwächt worden sind. Die täglichen Berluste Großbristannien im Fernen Osten sind beträchtlicher als alle andern und man sieht tatsächlich nicht, wie und bei welcher Gelegenheit diese wieder ausgeholt werden sollen. Allerdings versügt das Britische Reich durch seine die ganze Welt umspansnenden Wirtschaftsbeziehungen auch über weit mehr Reserven als die andern Länder und es ist deshalb in der Lage, Berluste zu ertragen, die für andere existenzbedroshend sein könnten. Die Verluste werden in diesem Fall allerdings auch ertragen werden müßen, denn Japan ist keineswegs gewillt, von seinen Forderungen auch nur das Geringste abzulassen, solange es nicht damit rechnen muß, daß die geschädigten Mächte mit militärischen Mitteln eingreisen. Davon kann aber heute noch nicht die Rede sein.

Deshalb dürfte auch die zurzeit tagende Ronferenz in Brüffel ohne greifbares Ergebnis bleiben. Immerhin ift burch die Beteiligung der Bereinigten Staaten beren zunehmende Bereitschaft zum Anschluß an die westliche Gruppe sinnfällig zum Ausbruck gebracht. Die Entwicklung geht also in einer Richtung weiter, die man bereits wiederholt beobachten konnte. Dabei ist allerdings von einer machtpolitisch aktiven Koalition noch keine Rede. Tropdem ist diese Entwicklung beachtenswert, weil fie für die Butunft fehr viel bedeuten tann. England aber wird bis zur relativen Bollendung seiner Aufruftung, über deren Termin allerdings gar nichts feststeht, seine bisherige Politik weiterführen, die darin besteht, die Büge ber Achjenpolitik auf dem weltpolitischen Schachbrett nach Möglichkeit zu durchfreuzen, vorläufig aber eher die eine ober andere Position fallen zu lassen, als einen irgendwie entscheidenden Ginfat zu magen, eben bevor nicht feine Ruftung eine jolche Politit erlaubt. Es wird dabei unentwegt Frantreich als jolgjamen Berbundeten an seiner Seite haben, deffen innerpolitische Lage sich übrigens in letter Zeit einigermaßen zu stabilisieren beginnt, wie das Ergebnis ber Provinzialwahlen gezeigt hat.

So hat sich denn in den letten Wochen die Gegensätlichkeit zwischen den beiden Mächtegruppen eher noch verschärft und es ist aus diesem Grunde auch verhältnis-

mäßig wenig verwunderlich, daß nun auch die wirtschaftliche Konjuntstur, die sich vor einem Jahre so schön angelassen hatte, allmählich wieder zu versjanden droht, wobei einstweilen allein die Rüstungsbedürsnisse der verschiedenen Länder daran schuld sind, wenn die Konjunktur nicht überhaupt in ihr Gegenteil umgeschlagen hat.

Ein Anzeichen dafür, wie groß die Gegensätze zwischen den beiden Mächtegruppen in Europa bereits geworden sind, ist auch in der völligen Erledigung aller Bestredungen zum Abschluß eines Westpattes zu erblicken. Ein Beispiel dafür dietet die am 13. Oktober ersolgte deutsche Erklärung gegenüber Belsegiens in gleicher Weise garantiert und das Reich zur Beistandsseistung verpflichtet, wie dies vor einigen Monaten seitens Englands und Frankreichs in gleichzeitiger Erklärung erfolgt ist. So ersreulich nun an sich diese beiderseitige Bestriedungsaktion an einem der exponierten Punkte Europas sein mag, so sehr nuß doch darauf verwiesen werden, daß das getrennte Borsgehen der Mächte in der Frage der belgischen Unabhängigkeit den vorläusigen Unstergang der Bestredungen kennzeichnet, die darauf abzielten, das Bertragswerk von Locarno wieder aufzurichten. Die Spannung zwischen den Mächten ist eben bereits so groß geworden, daß zurzeit an eine gemeinsame Jnangrissnahme der europäischen Probleme nicht zu denken ist.

Zürich, den 8. November 1937.

Jann v. Sprecher.

Bücher Kundschau

Kernfragen im deutschen Kirchenkampf.

Rudolf Grob: "Der Kirchenkampf in Deutschland. Kurze Geschichte der kirchlichen Birren in Deutschland von 1933 bis Sommer 1937. Zwingli=Berlag Zürich 1937. 109 Seiten.

Ein umstrittenes Buch! Prosessor Karl Barth meint vom Berfasser: "Er hätte es besser nicht geschrieben." Diesen Bunsch sinde ich ganz begreislich, denn — auch abgesehen davon, daß Barth wegen seiner Haltung im Kirchenkamps von Grob mehrsach angegriffen wird: Barth muß es als unangenehm empfinden, daß die schweizerische Einheitsfront in deutschen Kirchensachen, welche sozusagen alle Leute vom "Bolksrecht" über die "Neue Zürcher Zeitung" die zu ihrem geistigen Leiter Karl Barth umfaßt, im eigenen Lande bedrängt wird. Und zwar in Kernsfragen. Grob verwirft nämlich 1. die Ablehnung der natürlichen Gotteserkenntnis durch Barth — 2. die Ablehnung des nationalsozialistischen Staates als Obrigsteit durch Barth — 3. die steise Haltung der radikalen Bekenner in Deutschland — und weist 4. die überbordende schweizerische Kritik in ihre Schranken. Damit sind wesentliche Positionen Barths tangiert.

1. Grob stellt mit Recht sest, daß Barth die von der Heiligen Schrift verkuns dete natürliche Gotteserkennt nis nicht in genügendem Maße anserkenne. Es handelt sich um die Frage, inwieweit der Mensch trot des Sündensalles den Billen Gottes in Natur und Geschichte, also außerhalb von Geset und Evansgelium, zu erkennen vermöge. Während nun die Heilige Schrift (Köm. 1, 20) sagt: "Sein unsichtbares Wesen, das ist seine ewige Krast und Gottheit, ist ja seit Erschassifung der Welt, wenn man es in den Werke betrachtet, deutlich zu ersehen", hat Barth bei den Resormierten Deutschlands die Aufsassung durchgesetzt, die Kirche weder "könne noch müsse sich außer auf die Ossenbarung des dreieinigen Gottes auch noch auf eine dem Menschen trot des Sündensalles zugängliche Gottesoffens barung in der Natur und Geschichte begründen und beziehen." Es handelt sich da um einen Gegensat höchster Aktualität. Die Deutschen Christen nämlich legen bes